

# INI-6

<b>Titel</b>	INI 6: Kein ruhiges Hinterland für autoritäre und faschistoide Strukturen in Bayern! Weder auf der Straße noch im Parlament!
<b>Antragsteller*innen</b>	Ofr
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landesvorstand, BayernSPD-Landesparteitag

---

## INI 6: Kein ruhiges Hinterland für autoritäre und faschistoide Strukturen in Bayern! Weder auf der Straße noch im Parlament!

- 1 2017 endete mit dem für viele scheinbar überraschenden Ereignis, dass menschenfeindliche Einstellungen  
2 in Deutschland noch immer Mehrheiten finden können und sogar Parteien davon so sehr profitieren kön-  
3 nen, dass die AfD nun die drittstärkste Fraktion im Bundestag stellt. Uns überraschte dies nicht, im Gegenteil,  
4 die „Mitte in der Krise“, sowie „Deutsche Zustände“- Studien der letzten Jahre belegten ein autoritäres und  
5 menschenverachtendes Potential in der deutschen Mehrheitsgesellschaft schon deutlich länger, als es die AfD  
6 gibt. Allein vor dem Hintergrund dieser Studien muss sich niemand mehr Illusionen darüber machen, dass die  
7 Personen, die die AfD wählen nur „missverstanden“ und „abgehängt“ sind oder das lediglich aus dem Grund  
8 maximaler Provokation tun.
- 9 Selbstverständlich ist für uns als Sozialist\*innen die Tatsache, dass diese menschenverachtende Einstellung  
10 und autoritäre Tendenz schon lange vorhanden ist, kein ausschließlich ausreichender Erklärungsansatz. Die  
11 soziale und ökonomische Realität der Menschen sollte, wenn es darum geht, wie Ideologien und entstehen,  
12 selbstverständlich nicht ignoriert werden – aber, dass Menschen ausschließlich aufgrund ihrer ökonomisch  
13 schwierigen Lage dazu determiniert sind, rechte Parteien zu wählen oder rechten Ideologien anzuhängen, ist  
14 schlichtweg falsch. Menschen auf Grund ihrer ökonomischen Position innerhalb des Produktionsprozesses  
15 jegliche Handlungsspielräume in Bezug auf ihre politische Orientierung abzusprechen ist für uns nicht alles  
16 andere als emanzipatorisch. Der Grund für eine erfolgreiche AfD ist Deutschland und seine Bevölkerung, sind  
17 deutsche Zustände. Genau diese Zustände aber führen nicht nur zu einer erfolgreichen AfD. Die AfD benötigte  
18 es nicht, um das Asylrecht zu verschärfen und repressive Funktionen des Staates auszubauen. Die AfD benötig-  
19 te es nicht, in menschenverachtenden Asylpaketen die Grundrechte von Geflüchteten massiv zu beschneiden,  
20 das haben Sozialdemokrat\*innen und vermeintlich konservative Politiker\*innen auch alleine geschafft.
- 21 Eben diese Zustände also sind auch das Ziel unserer Forderungen und unseres Kampfes, den wir auf verschie-  
22 dene Art und Weise führen.
- 23 Ablehnung des Extremismusbegriffs:
- 24 Wir, als antifaschistischer Richtungsverband, sind der Überzeugung, dass es eine entschlossene und kämpfe-  
25 rische Praxis braucht, die nur auf einer klaren Analyse der bestehenden Verhältnisse resultiert.
- 26 Das Gerede von einer vermeintlichen demokratischen Mitte, die pragmatisch und unideologisch sei, ist ein  
27 bürgerlicher Mythos. Die Konsequenz daraus, dass die Probleme mit auftauchenden „Extremen“ außerhalb  
28 dieser Mitte beginnen, ist viel mehr als lediglich ein Irrtum, der aus einer fehlerhaften Analyse heraus ent-  
29 steht.
- 30 Es ist auch klares Kalkül, denn diese Analyse gibt all jenen, die sich auf eben diese vermeintliche Mitte beru-  
31 fen, einen Freifahrtschein zu rassistischer Hetze. Wir wissen, dass Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und  
32 Nationalismus keine Probleme vermeintlicher „Extreme“ sind, sondern quer durch die politische Landschaft,

33 wie einige Äußerungen gewisser Teile der Linkspartei und das sozialdemokratische Regierungshandeln selbst  
34 beweisen, auch ein Problem der politischen Linken.

35 Und wenn wir über eben jene rassistische, menschenverachtende Hetze reden, brauchen wir keine Gegenfrage,  
36 was eigentlich mit anderen „Extremen“ sei. Es gibt Themen, die menschenverachtend sind, es gibt Aussagen,  
37 die zutiefst rassistisch, antisemitisch, sexistisch sind, aber die machen vor keiner politischen „Richtung“  
38 oder keiner politischen „Extreme“ halt. Sie sind in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft.

39 Wenn es auch in der hier stehenden Analyse sehr theoretisch und wenig konkret erscheint, so hat es auch für  
40 den bayerischen Landesverband der Sozialdemokratie direkte Auswirkungen.

41 -Die Extremismustheorie ist nicht nur wissenschaftliche Theorie, sondern auch reaktionäre Praxis im Freistaat  
42 Bayern, die dafür sorgt, dass linke Akademiker\*innen oder Lehrer\*innen wegen politischen Engagement nicht  
43 in den bayerischen Staatsdienst übernommen werden. Wenn uns auch eine solche Praxis mehr an die antikommunistische  
44 Hetze aus der Zeit des kalten Krieges erinnert, so sind sie wie zuletzt veröffentlichte Fälle  
45 belegen immer Gang und Gäbe. Das muss sofort aufhören, für eine Ende reaktionärer Gesinnungsschnüffelei  
46 gegen linke Genoss\*innen!

47 -Das Ziel der Extremismustheorie ist das Verdecken menschenverachtender Einstellung in der vermeintlichen  
48 Mitte. Diese Einstellung genau in dieser Mitte, in der sie auftreten zu benennen bedeutet auch Konsequenzen  
49 in der politischen Zusammenarbeit zu ziehen. Eine CSU aus der zu hören ist sie wolle Einwanderung in  
50 die Sozialsysteme bis zur letzten Patrone verhindern darf keine Option für eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung  
51 sein! Neben vielen anderen ist auch dies ein entscheidender Punkt der Ablehnung jeglicher parlamentarischen  
52 Zusammenarbeit mit der CSU

53 -Der Kampf gegen menschenverachtende Einstellungen in der Mitte aber entlädt sich aber nicht nur an der  
54 CSU. Die AfD gerade in Bayern keine marginalisierte Partei, sie ist vielerorts in Bayern vor der SPD im Ergebnis  
55 der letzten Bundestagswahl gewesen. Die AfD wurde auch deswegen stark, weil die von ihnen vertretenden  
56 Positionen als welche erkannt wurden, die nicht nur an konstruierten Rändern vorkommen. Statt daraus in der  
57 gesellschaftlichen Mehrheit die Konsequenz zu ziehen Ressentiments und Positionen zu hinterfragen wurde  
58 mit einem beinahe voyeuristischen Vergnügen die AfD auf jedes Podium gestellt, um mit dem Bruch angeblicher  
59 Tabus klickzahlen zu schaffen. Das, was geschah war die Legitimation menschenverachtender Einstellungen.  
60 Die Sozialdemokratie muss dem etwas entgegensetzen, im schmutzigen und reaktionären Wahlkampf,  
61 der in Bayern vmtl. passieren wird muss sich die Sozialdemokratie als die fortschrittliche Kraft positionieren,  
62 die klar Kante zeigt. Auch deshalb betonen wir nochmals den Beschluss: Wir gehen auf kein Podium mit der  
63 AfD! Sie in einem Diskurs „zu stellen“, wie es so oft formuliert wurde hat nicht nur nicht funktioniert, das Gegenteil  
64 wurde erreicht, ihre Positionen wurden durch den Diskurs mit uns legitimiert.

65 -Wir erwarten von der BayernSPD im Wahlkampf auch selber sich solidarisch zu zeigen. Antifaschistische Arbeit  
66 findet nicht alleine in Parlamenten statt. Nur gemeinsam mit den verschiedenen Bündnispartner\*innen wird  
67 es uns gelingen auf der Straße dem rechten Rollback etwas entgegen zu setzen.

68 Asylpolitik:

69 Die aktuellen Zustände sind nicht ertragbar. Sie sind nicht nur durch den Erfolg der AfD nicht ertragbar, nein  
70 sie sind auch deswegen nicht ertragbar, weil menschenverachtende Ideologien nicht nur sagbar, sondern auch  
71 machbar gemacht wurden in den vergangenen Jahren. Wir erlebten durch verschiedene, von der Bundesregierung  
72 und somit auch von der SPD durchgedrückte Asylpakete regelmäßige Eingriffe in die Freiheiten von  
73 Geflüchteten. Auch deswegen konnten sich diejenigen, die durch Brandanschläge auf Geflüchtetenunterkünfte  
74 versuchten, Menschen zu ermorden gewiss darin sein, einen politischen Auftrag zu erfüllen. Der Angriff  
75 muss also all jenen Strukturen gelten, die dies ermöglichen. Das heißt für uns zunächst praktische Solidarität.  
76 Wir sind solidarisch mit all jenen, die von verschiedenen rassistischen Gesetzesverschärfungen der letzten  
77 Jahren betroffen waren. Solidarität heißt, politische Arbeit auf der Straße und in Bündnissen, von der Demo  
78 bis zur durch aktiven Widerstand erfolgreich verhinderten Abschiebung.

79 Es heißt aber gemäß der Doppelstrategie unseres sozialistischen Richtungsverband politische Arbeit in den  
80 Parteien. Wir müssen endlich wieder zurück zu einem Asylrecht vor dem Asylkompromiss mit einem menschenwürdigen  
81 Anrecht auf Asyl!

82 Hierfür können die folgenden Forderungen nur eine Basis sein, wir fordern:

83 -Das System bayerischer Abschiebelager unverzüglich abzuschaffen. Einem der größten rassistischen Coups  
84 der CSU damit endlich den Gar ausmachen!

85 -Ablehnung des Dublin 4-Abkommens sowie aller bisheriger Dublin-Abkommen und stattdessen eine gesamt-  
86 europäische Lösung, die nicht v.a. auf Kosten südeuropäischer Staaten und Geflüchteter geht.

87 -Abschaffung der sicheren Herkunftsstaatenregelung. Per se Menschen ohne Anhörung ihres Falles das Grund-  
88 recht auf Asyl abzusprechen, weil sie aus einer bestimmten Region kommen ist eine Staaten und Gesellschaf-  
89 ten im 21. Jahrhundert unwürdige Regelung.

90 -Abschaffung des momentanen separaten Asylbewerberleistungsgesetzes. Sonderregelungen bei Sozialleis-  
91 tungen für Geflüchtete sollte ihre besondere Situation aufgreifen. Es sollte nicht eine gezielte Benachteiligung  
92 schaffen, wie es momentan der Fall ist.

93 -Keine Obergrenze, denn es gibt kein Maximum an Grundrechten.

94 Sicherheitsbehörden:

95 Die letzten Jahre zeigen aber nicht nur eine rassistische Eskalation der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Im Zeitraum  
96 der jüngsten großen Koalition, kam es auch zu verschiedenen Vorfällen autoritärer Übergriffe durch Staatsor-  
97 gane und zu einem massiven Ausbau repressiver Möglichkeiten. Einen Höhepunkt bildeten die Repressionen  
98 und die massive Polizeigewalt anlässlich des G20-Gipfels. Es sind auch diese autoritären Strukturen durch Ge-  
99 setze, aber auch innerhalb einer Cop culture, der wir den Kampf ansagen. Es ist nicht so, dass Polizeibehörden  
100 ausschließlich ein „Spiegel der Gesellschaft“ seien. Wer den Polizeiberuf ausübt, entscheidet sich bewusst für  
101 einen Beruf, dessen Mittel und Prinzipien Hierarchien, starke Gruppenidentifikation und auch Gewalt sind.  
102 Denn die Polizei nimmt die Rolle der Ausführung des staatlichen Gewaltmonopols ein. Menschen, die sich für  
103 einen solchen Beruf entscheiden, entscheiden sich also auch dafür und sind damit nicht x-beliebige Personen,  
104 die die Gesellschaft 1 zu 1 abbilden. Die zu oft vorkommenden Übergriffe durch Polizist\*innen im Zusammen-  
105 hang mit Demonstrationen, etc. bei denen gleichzeitig ein massiver Corpsgeist eine wirkliche Aufarbeitung  
106 verhindert, belegen dies. Auch ist die Polizei nicht gefeit davor, auch von menschenverachtenden Ideologien  
107 geprägt zu sein. Racial Profiling Begriffe wie „Soko Bospurus“ oder auch der Fall Oury Jalloh belegen das. Aus  
108 diesem Grund braucht es endlich eine wirkliche Kontrolle der Polizei durch verschiedene Akteur\*innen, so-  
109 wohl innerhalb staatlicher Institutionen, als auch durch die Zivilgesellschaft. Der Wille dazu ist hier auch da,  
110 wir als antifaschistischer Verband fordern hierzu auch die Mittel zur Verfügung zu stellen.

111 Im Zusammenhang mit dem NSU, aber auch durch viele andere Beispiele sehen wir nicht nur das Versagen von  
112 Polizei, sondern auch das Versagen des Verfassungsschutzes. Das Scheitern des Verfassungsschutzes liegt in  
113 seinen historischen und ideologischen Wurzeln. Die Extremismustheorie versagt als theoretisches Analysein-  
114 strument, aber auch in geheimdienstlichen Praxis. Eine Institution, die auf Grundlage eines politischen Kalküls  
115 ein solches Instrument nutzt ist nicht nur ineffizient, sie ist sogar gefährlich, wie das Versagen im Zusammen-  
116 hang des NSUs, das seine Gründe auch hierin hat, beweist. Die Gefahr, die durch Inlandsgeheimdienste in  
117 ihrer realen Arbeit ausging und Ausgeht zeigt aber auch der Versuch einer politischen Aufarbeitung des ge-  
118 samten NSU-Komplexes. Akten, die der demokratisch legitimierten Kontrollinstanz hätten zukommen sollen,  
119 wurden vernichtet oder nicht, bzw. erst nach langen Verzögerungen zur Verfügung gestellt, selbst von den  
120 höchsten Stellen wurden entweder Aussagen verweigert oder die Ausschüsse wurden mit teilweise absurden  
121 Geschichten belogen. Alles in allem lässt sich festhalten, dass der Auftrag eine Verfassung zu schützen, durch  
122 die meisten Initiativen aus der Zivilgesellschaft oder wissenschaftliche Institutionen besser in den letzten Jah-  
123 ren stattgefunden hat, als es durch den Verfassungsschutz getan wurde.

124 -Kennzeichnungspflicht für Polizist\*innen, die es ermöglicht nach im Amt begangenen Straftaten die Schuld-  
125 igen zu identifizieren und Opfern von Polizeigewalt ermöglicht, die Täter\*innen zu identifizieren.

126 -Eine Parlamentarische Kontrollkommission für die bayerische Polizei, ähnlich wie es beim Inlandsgeheim-  
127 dienst der Fall ist.

128 -Interne Ermittlungen bei der Polizei müssen endlich durch unabhängige Stellen und nicht durch Kolleg\*innen  
129 durchgeführt werden. Der Corpsgeist und der hohe soziale Druck innerhalb von Polizeieinheiten verhindert  
130 oft eine Aufklärung von im Dienst begangenen Straftaten.

131 -Abschaffung des USKs, es handelt sich um eine ausschließlich in Bayern vorkommende Polizeieinheit mit  
132 rechtstaatlichen Mindestansprüchen nicht ausreichenden Sonderrechten.

- 133 -Abschaffung und Abwicklung des Inlandsgeheimdienstes, Gelder stattdessen investieren in wissenschaftli-  
134 che Institutionen zur Untersuchung menschenfeindlicher und autoritärer Einstellungen und rechten Struktu-  
135 ren.
- 136 -Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung! Die anlasslose Speicherung Millionen von Daten verschiedener  
137 Menschen ist nicht mit liberalen Mindeststandarts einer bürgerlichen Demokratie zu vereinen.